

SERIE: DIE GEGENWART DER ZUKUNFT (35)

Ein wunderbarer Proteus

Das Paradox des 21. Jahrhunderts: Noch nie ist der Nationalstaat von so vielen Feinden gebeutelt worden – und noch nie hat er so viel Überlebenskraft gezeigt

JOSEF JOFFE

Im letzten Jahr dieses Jahrhunderts wurde in Deutschland die Doppel-Staatsbürgerschaft abgelehnt. Das wäre am Ende des vorigen Zentenniums, also 1899, absolut unvorstellbar gewesen. Ein Mensch, zwei Pässe, zwei Loyalitäten? Absurd und verwerflich! Das lange 19. Jahrhundert – von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg – gehörte dem Nationalstaat. Und der herrschte ungeteilt: Treue, sein Motto war, wie stift und ehrenvoll es doch sei, für das Vaterland zu sterben.

Das galt nicht nur für völkische Staaten wie Deutschland. Auch Frankreich und Amerika, die ihre nationale Identität nicht auf Blut und Boden, sondern auf Dokumenten, auf universalen Ideen wie *liberté, égalité, fraternité* oder *life, liberty and the pursuit of happiness* gründeten, forderten strikte Unterwerfung unter die ein und einzige Nation. Wer Amerikaner werden wollte, musste erst allen „fremden Potentaten“ abschwören, bei Alfred Dreyfus reichte allein die Denunziation, um ihn wegen Spionage für Deutschland 1895 auf die Teufelsinsel zu verbannen. Und heute? Da schützen Gesetze den Doppel-Pass, und was es den offiziellen nicht gibt, wie in Amerika, gilt er de facto.

Was ist passiert? Machen wir ein Experiment mit uns selbst: Wie definieren wir eigentlich unsere Identität? Als erstes würde uns unsere Arbeit einfallen (dann Familie und Freunde, Nachbarschaft und Stadt, Kirche und Verein, Partei oder politische Überzeugung. Aber „Ich bin ein Deutscher“, und das an erster

Vor hundert Jahren identifizierten sich die Bürger noch mit „ihrem“ Staat: Sie waren stolz auf ihre Nation, sie waren bereit, sich fürs Vaterland zu opfern. Das hat sich sehr geändert. Der klassische Nationalstaat ist ebenso out wie die einst bedeutsamen Werte Ehre, Treue und Opfermut out sind. Die Menschen empfinden sich heute als Weltbürger, sie sind multikulturell. Und doch wird es, meint SZ-Redaktionsmitglied

Josef Joffe, im nächsten Jahrhundert den Nationalstaat noch geben – aber nur, weil er sich längst gewandelt hat: hin zum Wohlfahrts- und Verwaltungsstaat.

Stelle? Das wäre die Antwort vor hundert Jahren gewesen, nicht die von heute. Ein anderes Indiz: Nur vor fünfzig Jahren wolt der Einwanderer seine alte nationale Herkunft so schnell wie möglich abstreifen. Heute aber wollen Mexikaner in Amerika, Russen in Israel oder Türken in Deutschland nicht unbedingt Amerikaner, Israelis oder Deutsche werden – am mindestens zwei Gründen.

Erstens, weil sie zum ersten Mal in der Geschichte bequemer mit der alten Nationalkultur weiterleben können. Es ist ganz einfach, den alten psychologischen Wohnsitz in der neuen physischen Heimat beizubehalten. Niemand muss mehr wecheln auf dem Ozean kreuzen, um Cork oder Kalabrien wiederzusehen. Das geht jetzt per Billig-Jet. Russen in Tel Aviv können den ganzen Tag lang Moskau-TV im Kabel sehen, für Pfennige mit den Verwandten telefonieren oder ganz umsonst per Internet parlieren. Die neue und die alte Heimat fließen in einer einzigen Existenz zusammen.

Noch gewichtiger aber ist der zweite Faktor: Längst werden die Neuen nicht mehr *gezwungen*, die alte Identität zu opfern. Die Eintrittskarte in die klassischen Einwandererländer – Amerika, Ozeanien, Israel – war die Assimilation. „Du wirst nur einer von uns, wenn du einer von uns wirst“, lautete der tautologische Imperativ, „wenn du so sprichst, ist und bist wie wir.“ Ein ganzes Zentennium der amerikanischen Literatur – von Ole Roelvaags „Giants in the Earth“ bis zu Philip Roths „They Call It Sleep“ quälte sich mit dem Trauma der Assimilation, dito Handerte von Hollywood-Filmen à la „Hester Street“ und „Avalon“. Das Entree-Billet in die deutsche Gesellschaft, notierte Heinrich Heine, war die Taufe – eine besondere kreisförmige Form der Taufe. Das ist vorbei – und zugleich der tiefste Einschnitt in der Karriere des Nationalstaates.

Denn immer stärker verzichtet der westliche Staat auf sein autoritäres, patriarchales Erstgeborenenrecht. Der Doppel-



Illustration: www.dorgathen.de

Pass, also die Legitimierung zweier nationaler Identitäten, ist nur ein Hinweis. Zweisprachige Schulbildung, Diversitätsbeauftragte, die inzwischen die Universitäten und Universitäten Amerikas bevölkern, die Zelebration des Andersartigen, das multikulturelle Bewusstsein überhaupt liefern weitere Indizien zuhauf. Der westliche Staat ist dabei, seine klassische Rolle als oberster Erzieher und „Akkulturator“ aufzugeben, und zwar zugunsten jener sub-nationalen Identitäten, die sich unter dem besten Dach des Multikulturalismus tummeln.

Fazit: Der Bürger muss dem Staat nicht mehr geben, was der nicht mehr verlangt. Dahinter steht ein dramatischer Bewusstseins- und Ideologiewandel. Der alte Nationalstaat hatte seinem Bürger nicht nur eine nationale Identität, sondern auch eine nationale Kultur auferlegt – nicht bloß die Sprache, sondern auch einen Literatur- und Geschichtskanon sowie einen Satz verbindlicher Verhaltensnormen. Multikulturalismus betont das Gegenteil: Gruppe, Ethnie und Geschlecht sind wichtiger als die Nation, und die Vielfalt der Lifestyles und Perspektiven möge über jeglichen Kanon triumphieren. Überwölbende Identitäten gehören „dekonstruiert“ und verworfen.

In der damaligen zerrissenen Welt gab der Nationalismus den Zement her, der alle möglichen Risse kitten konnte

Wie lässt sich dieses „postnationale“ Phänomen erklären? Karl Marx erlebt zwar gerade eine Baisse an der Gedankenbörse, aber er lohnt sich trotzdem, mit dem „Unterbau“ zu beginnen. Der klassische Nationalstaat war der Industriestaat, der am Ende des 18. Jahrhunderts geboren wurde und in der Mitte des 20. seinen Höhepunkt erlebte. Er ging einher mit Massenproduktion und Verstärkung – mit kollektivem Tun und Sein. Dieser Moloch schuf Abermillionen von entworfenen Bauern und Landarbeitern an und schuf ganze Armeen von Extremisten, die eine neue Identität und Gemeinschaft suchten.

Nationalismus – die überschäumende Verehrung des eigenen Staatswesens – offerierte eine maßgeschneiderte neue Ideologie. In der zerrissenen westlichen Welt des vorigen Jahrhunderts gab der Nationalismus den Zement her, der alle möglichen Risse kitten konnte: zwischen Arbeiter und Bourgeois, Land und Stadt, Katholik und Protestant, Nord und Süd, Arm und Reich. Nationalismus, dieses alles überwölbende Wir-Gefühl, ist die einzige politische Gut, das anders als Macht und Status nie aufgebraucht, nie knapp wird. Deshalb funktioniert der Nationalismus als der große Gleichmacher. Hinzu kam das Primat der Außenpolitik, das ein feines Instrument zur Dämpfung innerer Konflikte abgab, weil die ständige Bedrohung von außen – manipuliert oder echt – den Zusammenhalt im Inneren festigte. So konnte ein Wilhelm II. glaubhaft behaupten: „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.“ In den USA heißt es: „Politics stops at the water's edge“ – der Machtquell hört an der Landesgrenze auf.

Und wie sieht es mit den „Produktionsbedingungen“ heute? Die Massenproduktion verschwindet, an ihre Stelle tritt die hochdifferenzierte Produktpalette mit kleinen Serien und Teams. Wichtiger aber ist die radikale Verenzelung der Arbeit im explodierenden Servicesektor – am Schreibtisch, Tresen oder Computer. Die Message aber bleibt gleich: Die Wirtschaft (siehe das Abschmelzen der Gewerkschaften) ist kein Exerzierplatz mehr für die Massenmobilisierung, die das Unterfutter für den integralen Nationalstaat hergab. Der Beweis? Kläglich gescheitert sind die beiden mächtigsten Konterrevolutionäre der Moderne – Nazismus und Kommunismus –, die das Leben auf brutale Weise zu rekollektivieren versuchten.

Wenn Arbeit und Freizeit immer selbstbezogener werden, muss sich auch die politische Kultur immer mehr vom Ethos des Nationalstaates entfernen. Wie steht es denn um dessen ideologische Säulen wie nationale Glorie und Unterwerfung unter das Ganze? Ernest Renan könnte heute nicht mehr schreiben, dass eine Nation definiert wird durch die Opfer der Vergangenheit und den Willen, diese in Zukunft zu erneuern. Wer glaubt

heute noch an *manifest destiny* oder *mission civilisatrice*?

Was uns zum zweiten entscheidenden Einschnitt bringt. Der klassische Nationalstaat war in Wahrheit der *Kriegsstaat* – seit jener *levée en masse*, die das revolutionäre Frankreich vor die Tore Moskaus kapitulieren ließ. So gut wie jeder westliche Staat ist im Krieg geboren worden – nicht nur das Deutschland von 1871, sondern auch Amerika 1776, Britannien im Krieg gegen Schotten und Wälsler, Spanien im Kampf gegen die Mauren, Israel im Unabhängigkeitskrieg gegen die Araber. Es ist eine endlose Liste. In dieser Welt musste der Staat die Massen und deren Loyalität aufbieten, die Wirtschaft zentralisieren, dem Bürger den Glauben in die moralische Überwertigkeit des eigenen Volkes einbläuen.

Bloß: Was ist denn aus dem Kriegsstaat in der demokratischen Welt geworden – in jenem gesegneten Segment, das sich von Berlin nach Berkeley zieht und

So gut wie jeder westliche Staat ist im Krieg geboren worden – nicht nur das Deutschland von 1871

nach Warschau und Tokio ausstrahlt? Er hat seine klassische Funktion verloren, weil auch der Krieg diese verloren hat.

In dieser neuen Welt werden die Kriege auf dem Felde der Zahlungen- und Handelsbilanzen geschlagen, und da funktionieren Handys und Lockkappenschuhe besser als Panzer und Knobelbecher. Wer will im Zeitalter der Agrarüberproduktion noch Land erobern, zumal da der Reichtum nicht mehr aus dem Boden, sondern aus den Gehirnen spritzt? Jahrhundertlang haben Deutsche und Franzosen um Elsass-Lothringen gekämpft – vorbei. Wenn ein boche dort ein Stück Land will, ist der Elssässer Bauer nur allzu froh, ihm gegen Bares das Gehöft zu überlassen, das die EU-Agrarpolitik unprofitabel gemacht hat. Als die Japaner 1941 Pearl Harbor bombardierten, gab's Krieg; als sie sich in den achtziger Jahren dort die besten Arealie griffen, musste der Preis nur in Dollar gezahlt werden.

Wenn aber der Krieg out ist (wohlgemerkt: nicht im Berlin-Berkeley-Bereich, nicht im Bagdad-Bekrag-Bogen), dann sind es auch die klassischen Tugenden des Nationalstaates: Ehre, Treue, Glaube, Opfermut und Gehorsam. An ihre Stelle sind strittigen Werte gerückt: Konsumlust, Freizeit, Karrierebestreben, „Love Parades“, also Werte, die das Individuum ins Zentrum rücken. Mit solchen Tugenden jedoch ist kein Staat zu machen. Da dem postnationalen Staat der imperiale Reflex abhandeln gekommen ist, kann er auf Patriotismus und Nationalismus sehr gut verzichten. Er braucht diese Mobilisierungskräfte nicht mehr und kann sie auch nicht mehr einsetzen, weil sie im Schumpeterschen Sinne „atavistisch“ geworden sind.

Nationalismus? Der findet seinen Ausbruch nicht mehr im „Nach Paris“-Gehbrüll, sondern in den Schlägereien, die seine britische *lager louts* mit ihren holländischen Kollegen beim Spiel Ajax gegen

Heute werden Kriege auf dem Felde der Handelsbilanzen geschlagen, da funktionieren Handys besser als Panzer

ManU liefern. Aber jene „gewaltsame, poetische Faszination der Waffen“ (Toqueville), die Millionen in die Schützengräben getrieben hat – das ist genauso passé wie Spucknapf und Reitenrock, Duell und Sklaverei. Der Beweis? Selbst eine martialisches Demokratie wie Israel verspürt keine Lust mehr, im Libanon zu kampieren oder Palästinenser zu kujonieren. Unsere Kriege werden „outsourced“ – an Berufssoldaten, die einen guten Lohn für das Risiko bekommen.

Was wir „Globalisierung“ nennen, hat diese Kräfte noch verstärkt. Per definitionem ist eine sich globalisierende Erde ein Markt global ist, sind es auch Produktion, Investition und Distribution. Logischerweise können deren Gesetze nicht dem Nationalstaat gebunden sein. Ertrag, Bilanz und die Aktionäre, die viele Pässe haben. Folglich zerfällt das einst so enge Band zwischen Kapital und Staat. Ungeachtet weiß jeder wohl, dass es mit der Traue von Daimler-Chrysler nicht rechnen kann; eher darf er seine Cochinas darauf verwetten, dass die Firma nach Amsterdam oder gleich nach Detroit flüchtet, wenn er sich die Steuer-schraube ansetzt.

Karl Marx, dessen „Kommunistisches Manifest“ noch immer das beste Brevier der Globalisierung abgibt, hat es gesagt: Das Kapital ist heimatisch; geföhrt haben 1848 nur die freien Kapital- und Warenmärkte, plus gegen Null tendierende Kommunikations- und Transportkosten. Der Transport digitaler Hochwert-Produkte – etwa von Steuerungsprogrammen – per Internet kostet gar nichts.

Einst hat der Staat dem Kapital den Weg in fremde Märkte planiert – oder die Unternehmen vorgeschoben, um dann mit seinen Armeen nachzuziehen. Heute lässt sich die Wirtschaft für nichts mehr einspannen; ihre Treue gehört dem Staat nur so lange, wie der vergrößerte Investitions- und Produktionsbedingungen garantiert. Tut er es nicht, heißt es „good-bye, Berlin“ und „hello, Bombay“.

Heißt das etwa, dass der Staat obsolet, gar machtlos geworden ist? Mittelnichten. Wie denn, wenn er einen immer größeren Anteil des Sozialprodukts an sich reißt, immer mehr verteidigt und reguliert? Im 19. Jahrhundert hat der westliche Staat in Friedenszeiten fünf bis zehn Prozent für sich reklamiert, heute beträgt die Staatsquote in Europa um die fünfzig Prozent. Das ist das Paradox des postnationalen Staates: Derweil sich der Bürger dem Staat immer mehr entzieht, zieht dieser ihm immer mehr ab. Er kann zwar die Massen nicht mehr im Namen von Volk und Vaterland mobilisieren, aber sonst ist er immer mächtiger geworden.

Er lässt inzwischen auch ganz andere Loyalitäten für sich wirken; an die Stelle des klassischen Nationalismus ist der „Wohlfahrtsstaat-Chauvinismus“ (Jurgen Kocka) getreten. Der Eindringling, dem es abzuwehren gilt, ist nicht mehr der waffenklirrende Eroberer, sondern der Fremde, der an unsere Fleischtöpfe drängt – der unsere Sozialhilfe, unsere Jobs, unsere Wohnräume, den ungenutzten Billiglohn-Konkurrenz aufzwingen will. Gegen diesen Feind werden nicht mehr Atlantikwille und *cordons sanitaires* aufgezogen, sondern Schengen und asylverweigernde Gesetze (kein Anrecht, wenn auf dem Weg nach Deutschland ein Rechtsstaat durchquert wird).

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert gilt also eine kritische Unterscheidung, die auf Englisch ein hübsches Wortspiel

abgibt: zwischen dem *unofare* und dem *welfare state*. Der Kriegsstaat ist out (nochmals: nur im Berlin-Berkeley-Bereich), und damit auch jener offensive Nationalismus, der zum integralen Nationalstaat gehörte wie das Benzin zum Motor. Gelieben ist ein muskulöser Wohlfahrts- und Verwaltungsstaat. Dessen Nationalismus ist defensiv; er bindet den Bürger nicht durch Mythos und völkische Verklärung, sondern durch handfesten Service – durch Zuwendungen, Gruppenprivilegien und eine immer breiter werdende Versorgung. „Soldaten sind nicht Kirsasire und Kavalleristen, sondern Sozialarbeiter und Subventions-Verteiler. Seine Ideologie dient nicht der Aufbietung der Massen. Er bezieht seine Legitimation aus der Befriedigung von Ansprüchen und der Befriedigung von Verteilungskonflikten.“

Doch möge deshalb niemand die Kraft des postnationalen Staates unterschätzen. Der wird zwar von oben durch das Übernationale wie die EU-Integration und von unten durch den Multikulturalismus und den Nationalismus der Regionen wie Korsika bei Schottland bedrängt. Doch der Nationalstaat ist ein zähres Ding. Erstens gibt es ihn schon seit 500 Jahren, seitdem Ferdinand und Isabella unter nationalem Banner Spanien gegen die Mauren eroberte, was so lange währt, muss recht funktional sein.

Er hat, zweitens, alle möglichen universalistischen Rivalen überlebt, ob Kurie, Kaiser oder Kommunismus. Drittes feiert er jenseits des Berlin-Berkeley-Berichts ein atemberaubendes Comeback. Erst sind in diesem Jahrhundert die Kaiser-, dann die Kolonial-Reiche, dann die Sowjetunion, jungstehende Jugoslawien untergegangen. Nicht einmal fünfzig Staaten bevölkerten das Erdenrund nach 1945; heute sind es vier mal so viele.

Was sich so hartnäckig vermehrt, kann so gebrechlich nicht sein. Wer immer mehr mit sich reißt und verteilt, torckel keineswegs einen frühen Exitus entgegen. Überdies: Auch schwache Staaten sind neuerdings gegen den Untergang gefeit. Das ultrareiche Brunei wäre früher die leichte Beute räuberischer Nachbarn gewesen, dito solch „sub-optimale“ Gebilde wie Georgien oder Mazedonien. Doch auch diese sind (vorläufig) keine Todeskandidaten mehr in einer Welt, in der die mächtigen andere Interessen haben als Landgewinn. Und die Halb-Mächtigen wie Irak können Kuwait nicht kassieren, weil die Großen eifersüchtig über den „statozentrischen“ Status quachen.

Die Moral von der Geschichte ist das Paradox des 21. Jahrhunderts: Noch nie ist der Nationalstaat von so vielen Feinden gebeutelt worden – und noch nie hat er so

Der Nationalstaat hat alle möglichen Rivalen überlebt – mancherorts erlebt er gar ein atemberaubendes Comeback

viel Überlebenskraft gezeigt. Das ist auch kein Wunder. Im Verlauf seiner 500-jährigen Existenz auf Erden hat diese politische Konstruktion seine Energie aus immer neuen Quellen gezogen: aus Religion, dynastischer Legitimation, völkischem Mythos, Nationalismus, industrieller Revolution, „Wohlfahrtsstaat-Chauvinismus“.

Mithin ist dieses Ding nicht zu nah, sondern auch erfindungsreich. Oder auf neudeutsch: Er hat einen enorm hohen Wettbewerbsquotienten. Derweil er hier verkümmert, wachsen ihm da neue Tentakel – gerade in der gesegneten, weil befriedeten Berlin-Berkeley-Welt. Deren Bürger haben es sich in ihren postnationalen Staaten ganz gut erdacht. Globalisierung, Jets und Mordem hin oder her – sie schätzen die gemeinsame Sprache, die Vertrautheit und die Überschaubarkeit. Und sie wollen nicht von Brüssel, sondern doch lieber von Berlin, Paris und London aus regiert werden. Und warum auch nicht? Es gibt keinen zwingenden Grund, den Nationalstaat aufzugeben.